



Haushalts- und Finanzausschuss

45. Sitzung (nichtöffentlich)

14. November 2002

Brühl - Bundesfinanzakademie

11.00 Uhr bis 13.30 Uhr

Vorsitz: Elke Talhorst (SPD) (stellv. Vorsitzende)

Stenografen: Franz-Josef Eilting, Günter Labes

Verhandlungspunkte und Ergebnisse:	Seite
1 Aufgaben und Schwerpunkte der Bundesfinanzakademie	
Gespräch mit dem Präsidenten der BFA, Dr. Detlef Roland	1
- Bericht von Präsident Dr. Detlef Roland (BFA)	1
- Aussprache	3
2 Gesetz zur Aufhebung des Hochschulgebührengesetzes, zur Einführung von Studienkonten und zur Erhebung von Hochschulgebühren (Studienkonten- und -finanzierungsgesetz - StKFG) sowie zur Änderung des Hochschulgesetzes	
Gesetzentwurf der Landesregierung	
Drucksache 13/3023	
Vorlage 13/1705	
Zuschriften 13/2187, 13/2199, 13/2209, 13/2241, 13/2242, 13/2243, 12/2245, 13/2251, 12/2254, 13/2257, 13/2258, 13/2272	

In Verbindung damit:

Keine Rückmeldegebühren in NRW - Haushaltssanierung nicht auf Kosten der Studierenden und Hochschulen

Antrag der Fraktion der FDP
Drucksache 13/2659

5

Der Haushalts- und Finanzausschuss **empfiehlt** mit den Stimmen von SPD und Grünen gegen die Stimmen von CDU und FDP, den **Antrag** der FDP-Fraktion **Drucksache 13/2659 abzulehnen**.

Der Ausschuss **beschließt** einstimmig, den **Gesetzentwurf** der Landesregierung **Drucksache 13/3023 ohne Votum** an den federführenden Ausschuss **zurückzugeben**.

3 Gesetz zur Änderung des § 45 Schulordnungsgesetz (SchOG)

Gesetzentwurf der Fraktionen
von SPD, CDU, FDP und Bündnis 90/Die Grünen
Drucksache 13/3064

-

Der Ausschuss **empfiehlt** dem federführenden Ausschuss für Schule und Weiterbildung ohne Diskussion einstimmig die **Annahme** des Gesetzentwurfes.

4 Zehntes Gesetz zur Änderung des Gesetzes zur Ausführung der Verwaltungsgerichtsordnung im Lande Nordrhein-Westfalen

Gesetzentwurf der Landesregierung
Drucksache 13/3044

7

Der Ausschuss **empfiehlt** dem federführenden Rechtsausschuss einstimmig die **Annahme** des Gesetzentwurfes.

5 Gesetz zur Ausführung des Gesetzes über eine bedarfsorientierte Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung für das Land Nordrhein-Westfalen (AG-GSiG NRW)

Gesetzentwurf der Landesregierung
Drucksache 13/3095
Vorlage 13/1764
Zuschrift 13/2316

8

Der Ausschuss **empfiehlt** dem federführenden Ausschuss für Arbeit, Gesundheit, Soziales und Angelegenheiten der Vertriebenen und Flüchtlinge mit den Stimmen von SPD und Grünen gegen die Stimmen von CDU und FDP die **Annahme** des Gesetzentwurfes.

6 Handlungsfähigkeit gewinnen durch nachhaltige Finanzpolitik – Instrumente zur Evaluation langfristiger Haushaltsentwicklungen einsetzen

Antrag der Fraktion der FDP
Drucksache 13/2645

Beschluss über die Hinzuziehung von Sachverständigen nach § 31 der Geschäftsordnung des Landtags

12

Der Ausschuss **beschließt** einstimmig die **Hinzuziehung von Sachverständigen** gemäß der Vorschläge der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen, CDU und FDP.

7 Gesetz zur Änderung des Gesetzes zur Regionalisierung des öffentlichen Schienenpersonennahverkehrs sowie zur Weiterentwicklung des ÖPNV (Regionalisierungsgesetz NRW)

Gesetzentwurf der Landesregierung
Drucksache 13/2706

Ausschussprotokoll 13/637

12

Nach kurzer Aussprache **beschließt** der Ausschuss auf Vorschlag der Fraktion der Grünen einstimmig, den Gesetzentwurf **ohne Votum zurückzugeben**.

8 Vorbeugenden Hochwasser- und Katastrophenschutz in NRW stärken

Antrag der Fraktion der CDU
Drucksache 13/2962

In Verbindung damit:

Hochwasserschutz erfordert effizienten Klimaschutz

Antrag der Fraktion der FDP
Drucksache 13/2964

13

Im Hinblick auf das Begehren der CDU-Fraktion, eine Anhörung durchzuführen, wird nach kurzer Diskussion die weitere Beratung einvernehmlich zurückgestellt.

9 Schuldenstand des Landes Nordrhein-Westfalen

Vorlage 13/1746

-

Der Ausschuss nimmt ohne Diskussion von der Vorlage Kenntnis.

10 Verschiedenes

- a) Beantwortung von offenen Fragen zum Verkauf der LEG-Anteile aus den Haushaltsberatungen vom 26. September 2002** 15

VA Krähler (FM) nimmt Stellung.

- b) Orientierungsdaten 2003 bis 2006 für die Finanzplanung der Gemeinden (GV)**

Vorlage 13/1760 17

- c) "Jumbo-Anleihe" des Landes Nordrhein-Westfalen** 17

- d) Äußerungen von Bundesfinanzminister Eichel zur Defizitbegrenzung** 18

- e) Information des Ausschusses über die Steuereinnahmewicklung** 18

Haushalts- und Finanzausschuss
45. Sitzung (nichtöffentlich)

14.11.2002
ei-jo

6 Handlungsfähigkeit gewinnen durch nachhaltige Finanzpolitik – Instrumente zur Evaluation langfristiger Haushaltsentwicklungen einsetzen

Antrag der Fraktion der FDP
Drucksache 13/2645

Beschluss über die Hinzuziehung von Sachverständigen nach § 31 der Geschäftsordnung des Landtags

Stellv. Vorsitzende Elke Talhorst verweist auf den in der letzten Sitzung gefassten Beschluss, am 6. Februar 2003 ein Expertengespräch durchzuführen.

Inzwischen habe neben der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen auch die CDU-Fraktion die Hinzuziehung eines Sachverständigen vorgeschlagen, und von der FDP-Fraktion sei soeben eine Tischvorlage verteilt worden, in der vier Sachverständige benannt würden.

Der **Ausschuss** beschließt einstimmig die Hinzuziehung der in diesen drei Vorschlägen genannten Sachverständigen gemäß § 31 der Geschäftsordnung.

7 Gesetz zur Änderung des Gesetzes zur Regionalisierung des öffentlichen Schienenpersonennahverkehrs sowie zur Weiterentwicklung des ÖPNV (Regionalisierungsgesetz NRW)

Gesetzentwurf der Landesregierung
Drucksache 13/2706

Ausschussprotokoll 13/637

Manfred Palmen (CDU) legt dar, in der letzten Sitzung habe der Vertreter des Wirtschaftsministeriums versichert, dass die Infrastrukturmittel des Regionalisierungsgesetzes nicht verwendet würden, um die Fahrstrecke für den Metrorapid zu bauen. Inzwischen liege eine Stellungnahme der kommunalen Spitzenverbände vor, die besage, dass diese Mittel sehr wohl herangezogen werden könnten, um den Fahrweg des Metrorapid zu finanzieren. Darüber hinaus habe er in der letzten Sitzung bereits gerügt, dass in den nächsten Jahren Mittel entzogen werden könnten; nach einer Berechnung der Stadt Aachen seien es dort allein 4 Millionen €. - Die CDU-Fraktion bleibe deshalb bei ihrer Ablehnung des Gesetzentwurfs.

Rüdiger Sagel (GRÜNE) plädiert dafür, zu diesem Gesetzentwurf kein Votum abzugeben. Seine Fraktion habe nach wie vor eine kritische Haltung gegenüber dem Metrorapid. Zwar habe man in der letzten Sitzung die Aussage des Vertreters des Wirtschaftsministeriums zur Kenntnis genommen, dass keine investiven Mittel in die Finanzierung des Metrorapid gehen sollten. Nichtsdestoweniger bestehe die Problematik, dass Regionalisierungsmittel letztendlich zur Finanzierung des Metrorapid-Verkehrs herangezogen werden könnten, und niemand wisse bisher, in welcher Größenordnung das der Fall sein würde, wenn das Projekt zustande

käme. Seine Fraktion hoffe, im federführenden Ausschuss bald Näheres zu erfahren, und halte es deshalb für richtig, den Gesetzentwurf ohne Votum weiterzugeben.

Die Sprecher von **FDP-** und **CDU-Fraktion** signalisieren, damit einverstanden zu sein.

Ernst-Martin Walsken (SPD) stellt gegenüber Herrn Palmen klar, Investitionszuschüsse würden künftig ohnehin nicht mehr gezahlt. Das Gesetz regle ausschließlich die Gleichstellung eines künftigen Verkehrsträgers Magnetschwebebahn mit den vorhandenen Verkehrsträgern. Zwar sei die Frage, ob bereits jetzt Planungskosten im Vorgriff auf die Mittel, die aus Berlin erwartet würden, aus den Regionalisierungsmitteln vorfinanziert werden könnten, zu Recht problematisiert worden; man wisse jedoch, dass diese Mittel sofort in den Regionalisierungstopf zurückgeführt würden, wenn eine positive Entscheidung in Berlin gefallen sei. Das sei nach seiner Einschätzung eine reine Zeitfrage.

Von daher würde die SPD-Fraktion dem Gesetzentwurf gerne zustimmen. Um das Verfahren nicht zu verkomplizieren, sei sie aber auch bereit, ihn ohne Votum passieren zu lassen.

Stellv. Vorsitzende Elke Talhorst stellt fest, damit sei einstimmig beschlossen, den Gesetzentwurf ohne Votum an den federführenden Ausschuss zurückzuüberweisen.

8 Vorbeugenden Hochwasser- und Katastrophenschutz in NRW stärken

Antrag der Fraktion der CDU
Drucksache 13/2962

In Verbindung damit:

Hochwasserschutz erfordert effizienten Klimaschutz

Antrag der Fraktion der FDP
Drucksache 13/2964

Stellv. Vorsitzende Elke Talhorst erläutert, das Plenum habe diese beiden Gesetzentwürfe am 10. September 2002 an den Ausschuss für Umweltschutz und Raumordnung - federführend - und zur Mitberatung u. a. an den HFA überwiesen. Die abschließende Beratung solle im federführenden Ausschuss in öffentlicher Sitzung stattfinden.

Manfred Palmen (CDU) erinnert an die schweren Hochwässer vom Heiligabend 1993 und vom 1. Februar 1995 am Rhein. Das Hochwasser, das in diesem Jahr im Bereich der Elbe Schäden von 9 Milliarden € verursacht habe, sollte Anlass sein, das, was die Landesregierung 1995 richtigerweise eingeleitet habe - nämlich, ein Hochwasserschutzkonzept zu erarbeiten -, erneut einer kontrollierenden Sicht zu unterwerfen. Denn seine Fraktion habe die Sorge, dass das Geschehene nicht ausreiche, und wolle, dass energischer und schneller vorgegangen werde. Die Situation am Rhein müsse insbesondere durch Maßnahmen am Oberrhein auf der ge-